

Sicherheit in der Globalisierung – Utopie oder Staatsräson?

Rede

von Bundesminister

Dr. Wolfgang Schäuble

beim Bremer Tabak-Collegium

am 19. September 2006 in Leipzig

Ein wenig habe ich schon an mein Thema gedacht, als Sie gerade versuchten, Ihre Plätze zu finden. Da geht es ja durcheinander wie in der Welt der Globalisierung: Man weiß nicht mehr so richtig, wo man hingehört.

Wir haben heute im Bundestag in erster Lesung den Antrag der Bundesregierung behandelt, um den Vollzug der UNO-Resolution 1701 – so ist die korrekte Bezeichnung für einen Beitrag der Bundeswehr im Libanon – mit zu ermöglichen. Morgen werden wir darüber abstimmen. Viele haben in diesem Zusammenhang gesagt, es sei eine historische Entscheidung. Und es wird dann auch viel mit historischen Argumenten operiert, die manchmal sogar zutreffen, aber nicht immer.

Nach der Wende – bei der Leipzig ja eine besondere Rolle spielte – und dem mit ihr verbundenen Ende des Kalten Krieges, der Sowjetunion und der Ost-West-Konfrontation hatten wir zunächst gedacht, dass der Friede sicherer geworden sei. Fast überall wurden die Verteidigungsetats zurückgefahren – übrigens auch die Etats für den Katastrophenschutz. Das hieß dann Friedensdividende.

Inzwischen haben wir gelernt, dass die Welt nicht sicherer, sondern nur die Bedrohungen andere geworden sind. Wir haben vielleicht nicht mehr die Dimensionen des atomaren Holocausts – obwohl wir auch nicht wissen, wie lange es dauert, bis wir auch diese Be-

drohung wieder haben könnten. Jedenfalls sind die Bedrohungen vielfältiger und unberechenbarer geworden. Vielleicht ist es aber auch so, dass wir überhaupt erst mit dem Ende des Kalten Krieges wahrnehmen konnten, wie vielfältig die Welt geworden ist und was überall auf der Welt passiert. Vielleicht war es so, dass wir uns bis 1989 durch die Blockkonfrontation den Blick weitgehend dafür verstellten, was sonst noch alles in der Welt geschieht.

Wir hatten ja seit dem Ende des Vietnamkrieges kaum noch zur Kenntnis genommen, dass es in anderen Teilen der Welt zuhauf Kriege gegeben hat. Aber wer hat sich schon nach dem Vietnamkrieg, nachdem man nicht mehr gegen die Amerikaner demonstrieren konnte, etwa mit Kambodscha beschäftigt? Hat man sich für Ruanda oder Burundi wirklich interessiert, für das Gemetzel der Hutu und Tutsi? Auch der erste Golfkrieg zwischen dem Irak und Iran hat uns nicht sonderlich aufgeregt, obwohl er ziemlich lange dauerte und mit hohen Opferzahlen verbunden war. Das alles ist erst wichtig geworden nach dem Ende des Kalten Krieges, etwa beim zweiten Golfkrieg, Sie erinnern sich.

Und jetzt kommt etwas anderes hinzu. Nicht nur, dass wir die Vielfalt der Konflikte wahrnehmen, plötzlich nehmen wir auch wahr, dass die Konflikte vielfältiger geworden sind, als wir es in Europa gewöhnt waren. Wir haben ja seit dem Westfälischen Frieden irgendwie geglaubt, Kriege seien etwas, das geregelt werden könnte: Erst trinken die Botschafter noch ein Glas Champagner, dann überreichen sie die Kriegserklärung, vorher war schon Mobilmachung, damit man auch weiß, was passiert, und dann geht es einigermaßen – ja gesittet kann man nicht sagen –, aber einigermaßen unsinnig übereinander her, und irgendwann ist man dann so erschöpft, dass man wieder aufhört, um einige Zeit später wieder von Neuem zu beginnen.

So ist es aber heute nicht mehr, sondern ganz anders. Einige sagen, die asymmetrische Kriegsführung sei neu. Manche glauben, die asymmetrische Kriegsführung sei nur ein Monopol der Terroristen. Natürlich ist das alles ziemlicher Unsinn. In Wahrheit waren die meisten Kriege nie symmetrische Kriege, in Wahrheit ist immer mit sehr unterschiedlichen Mitteln gekämpft worden. Selbst die Bombenangriffe – also der Krieg gegen die Zivilbevölkerung – waren eigentlich das genaue Gegenteil von symmetrischer Kriegsführung. Und bei dem, was die modernen Militärexperten die „Revolution in Military Affairs“ nennen, die Network Centric Warfare – also eine Kriegsführung, bei der man an irgendeinem Punkt in

der Welt einen Computer bedient, um an einem ganz anderen Punkt der Welt eine Rakete auszulösen, die zielgenau einschlägt –, da können Sie mit solchen Dingen wie dem „Kombattantenstatus“, womit sich Generationen von Völkerrechtlern beschäftigt haben, nicht mehr viel anfangen. Da war selbst die Partisanenkriegsführung noch ziemlich geordnet und übersichtlich.

Deswegen sind die neuen Formen von Bedrohungen in ihrer Vielfalt im Grunde so neu nicht, nur werden sie viel stärker wahrgenommen. Und sie sind dominant geworden, weil es eine überwölbende weltpolitische Konstellation wie zu Zeiten des Ost-West-Konflikts nicht mehr gibt. Während sich der Kombattantenstatus und damit die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung aufgelöst haben, sind auch die alten völkerrechtlichen Kategorien weitgehend obsolet geworden.

Es geht aber noch weiter. Auch die Staaten haben ihr Monopol, Kriege zu führen – das sie sich, jedenfalls in Europa, mühsam infolge des Dreißigjährigen Krieges und durch den Westfälischen Frieden erworben hatten – weitgehend verloren. Inzwischen gibt es wieder regionale Kriegsherren. Wallenstein war wahrscheinlich auch schon eine frühe Form des Warlords. Wahrscheinlich hätte nicht alles, was da jeweils gemacht worden ist im Laufe der Jahrhunderte, vor den strengen Kriterien eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Bestand. Ich glaube nicht, dass dieses Phänomen wirklich neu ist, es kehrt vielmehr gestärkt zurück.

Und es kommt noch etwas hinzu. Nicht nur haben die Staaten das Monopol verloren, Kriege zu führen, sondern es ist auch nicht mehr so, dass man immer einen Staat findet, gegen den man Krieg führen kann. Der Krieg, den wir gegen den Terrorismus führen – und das ist nicht die Spinnerei irgendeines amerikanischen Präsidenten – fußt auf einer Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die den 11. September als Angriff auf die Vereinigten Staaten von Amerika im Sinne der Charta der Vereinten Nationen mit dem Recht der Verteidigung gewertet hat. Wir selbst haben übrigens den Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags festgestellt, in dem wir uns auch immer noch befinden.

Die Wenigsten haben schon einmal im Grundgesetz nachgelesen, welche Regeln im Grundgesetz eigentlich für den Bündnisfall gelten könnten, in dem wir uns seit dem 12. September 2001 anhaltend befinden. Aber irgendein nur halbwegs lustig gestimmter

Mensch hat geschrieben, dass man ja zum Glück dann noch die Ausbildungslager in Afghanistan und somit einen territorialen Bezug für Gegenreaktionen gefunden habe. Ein bössartiger Mensch hat festgestellt, dass man – wenn es diese afghanischen Ausbildungslager nicht gegeben hätte – Hamburg hätte bombardieren müssen. Schließlich sei der Anschlag ja wesentlich dort vorbereitet worden. Auch die regionalen Bezüge lösen sich ein Stück weit auf. Es macht die Welt der Globalisierung unübersichtlich und den Menschen Sorge, dass sich die traditionellen Muster verwischen und adäquate Antworten furchtbar schwer zu finden sind.

Nach meiner Überzeugung ist es gerade das Tempo der technischen und wissenschaftlichen Entwicklung, das diesen Prozess der Globalisierung im Wesentlichen trägt und auch charakterisiert. Die weltumspannende Kommunikation in *real time* – das haben wir früher schon im Fernsehen gehabt, jetzt haben wir es in einer anderen Dimension durch das Internet – führt zu einer immer enger werdenden Vernetzung. Diese weltweite Vernetzung führt bei sechs Milliarden Menschen, bei der Vielfalt an Kulturen, Traditionen und Religionen, bei der unterschiedlichen Verteilung von Ressourcen und Wohlstand zu einem unglaublich dichten Zustand der Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem und damit von Spannungen und Resignationen, was wiederum ein Gewaltpotential nahezu ohne Ende ist.

Es ist auch nicht weiter überraschend, dass auf einem solchen Humus die Sehnsucht nach Orientierung, Trost, Vergewisserung oder irgendeiner anderen religiösen oder übersinnlichen Dimension zwangsläufig wachsen muss. Deswegen ist die Vorhersage von André Malraux schon einigermaßen prophetisch, der gesagt haben soll: „Das 21. Jahrhundert wird religiös sein, oder es wird nicht sein.“ Und deswegen es auch nicht überraschend ist, dass wir in unseren – jedenfalls nach eigener Überzeugung – relativ hoch entwickelten europäischen und westlichen Breitengraden mit religiösem Fundamentalismus relativ wenig zu tun haben.

Wir sollten allerdings nicht zu sicher sein. Die schwächer werdende Bindekraft der christlichen Kirchen in unserer Gegenwart ist ja nicht notwendig ein Beweis für das Stärkerwerden von Aufklärung und Vernunft, sondern möglicherweise nur der Vorbote einer auch uns ergreifenden Verunsicherung und damit auch ein Potential der Anfälligkeit für alle möglichen Verführungen.

Im Augenblick sind allerdings fundamentalistische Entwicklungen in der weniger entwickelten Welt und im Bereich des Islams unser vorrangiges Problem. Das und vieles anderes führen dazu, dass es in der Sprache der Sicherheitsanalysten einen „weltweiten Gefahrenraum“ gibt, dessen Teil wir sind, ob es uns nun gefällt oder nicht, ob wir es wahrnehmen oder nicht. Seit den Kofferbomben vom 31. Juli, die glücklicherweise nicht explodiert sind, weil die Täter zu dumm waren, um sie richtig zu konstruieren, oder weil sie einen Fehler gemacht und wir Glück gehabt haben, ist uns verstärkt bewusst, dass der Terrorismus auch uns bedroht. Als dann ein paar Tage später unsere britischen Kollegen in London Anschlagsvorbereitungen auf den zivilen Luftverkehr, die vielleicht eine Dimension wie der 11. September hätten erreichen können, entdeckt und verhindert haben, hat die Wahrnehmung der Bedrohung sich weiter verstärkt. Sie wird jetzt erst einmal wieder abnehmen, um dann wahrscheinlich wieder zuzunehmen.

Ich glaube jedenfalls, dass es eine Illusion wäre zu glauben oder zu hoffen, dass das 21. Jahrhundert generell friedlicher sein wird als seine Vorläufer. Ich fürchte, dass wir uns für die vorhersehbare Zeit auf diese neuen, schwerer zu berechnenden Drohungen von Terrorismus, asymmetrischer Kriegsführung und *failing states*, also insgesamt auf die Auflösung unserer traditionellen, klassischen Bezüge einstellen müssen.

Das heißt im Übrigen auch, dass die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit obsolet geworden sind. Es ist einfach albern, noch allzu viel Aufmerksamkeit darauf zu verwenden, wie man hier im Einzelnen genau unterscheiden kann. Es lässt sich nicht mehr wirklich trennen. Und es geht nicht nur um die Frage, ob man die Bundeswehr zu bestimmten, noch zu diskutierenden und zu definierenden Voraussetzungen notfalls auch im eigenen Land zu Schutzzwecken einsetzen können muss. Ich bin davon überzeugt, dass es auf Dauer keinen Sinn macht, die Bundeswehr überall auf der Welt Aufgaben wahrnehmen zu lassen, nur in einem Land nicht, nämlich im Geltungsbereich des Grundgesetzes. So haben diejenigen, die sich das einmal ausgedacht haben, es sich wahrscheinlich auch nicht vorgestellt.

Aber es geht nicht nur darum. Mit der Entscheidung, uns mit der Bundeswehr an dem Vollzug des UNO-Mandats im Libanon zu beteiligen, bringen wir eben nicht, wie manche behaupten, die Bundesrepublik Deutschland gewissermaßen in eine terroristische Bedrohung, in der sie ohne diese Entscheidung nicht wäre, ganz im Gegenteil: Wir nehmen un-

sere Möglichkeiten wahr, einen Beitrag zur Bekämpfung der terroristischen Bedrohung zu leisten, deren Ursachen wir eben nicht im Inland bekämpfen können. Wir müssen die Ursachen dort bekämpfen, wo sie liegen. Daran führt kein Weg vorbei. Es sind die weltweiten Spannungen und Konflikte, die in terroristische Entwicklungen eskalieren können. Und das belegt, dass es die Grenzen zwischen der inneren und äußeren Sicherheit nicht mehr gibt. Wie der Umgang damit im Einzelnen funktioniert, darüber wird man trefflich streiten können.

Aber ganz sicher hilft es nichts, wenn wir die Realität und Existenz dieser Zusammenhänge und Bedrohungen bestreiten. Ich glaube im Übrigen, dass unilaterale Lösungsansätze keine Chance auf Erfolg haben. Deswegen glaube ich auch nicht, dass die Amerikaner mit der Rolle der einzigen verbliebenen Supermacht wirklich glücklich sind – jedenfalls dann nicht, wenn sie nicht sehen, dass sie diese Rolle nutzen müssen, um im Sinne eines partnerschaftlichen Verhältnisses mit möglichst vielen oder gar allen großen und anderen Mächten auf dieser Welt zu reden. Multilaterale Strukturen und Entscheidungsprozesse bieten eine bessere Chance, um die Eskalation von Konflikten und Bedrohungen auf der Grundlage des beschriebenen Humus zu verhindern.

Wenn sich nun in Deutschland und Europa nahezu alle einig sind, dass unilaterale Entscheidungen falsch sind, dann ist die logische Antwort, dass multilaterale Entscheidungen richtig sein müssen. Und wenn multilaterale Entscheidungen richtig sind, dann kann das natürlich nicht heißen, multilateral zu entscheiden, was die Amerikaner unilateral zu machen haben. Multilaterale Entscheidungen bedeuten, dass wir diese auch multilateral vollziehen. Und das heißt, dass man gemäß der eigenen Größe und Bedeutung einen Anteil der Verantwortung übernimmt. Wenn man dazu nicht bereit ist, sollte man keine multilateralen Entscheidung vorbereiten, sondern gleich sagen, dass man eigentlich nur noch bestimmen möchte, was andere zu tun haben. Das ist aber nicht das Prinzip, nach dem es funktionieren kann.

Und deswegen bin ich überzeugt, dass die Europäer eine stärkere Rolle übernehmen müssen. Europäer sind aber eben nicht nur die Dänen, die Finnen und die Luxemburger, sondern auch die Deutschen. Im europäischen Maßstab sind wir ja sogar relativ groß und nicht völlig unwichtig. Außerdem liegen wir in der Mitte Europas. Deshalb ist das deutsche Schicksal – im Guten wie im Bösen – stärker mit der europäischen Entwicklung und der

europäischen Geschichte verbunden als so manch anderer Teil Europas. Aber wenn wir ein starkes, handlungsfähiges, verantwortungsvolles, partnerschaftliches Europa wollen, dann dürfen wir uns nicht als Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten verstehen, sondern als ein Partner, der sich den Vereinigten Staaten von Amerika wie allen anderen – auch China, Indien oder Russland – zur Verfügung stellt, um in gemeinsamen Anstrengungen zu versuchen, die zivilisatorischen Fortschritte, die wir errungen haben, zu sichern und für die Zukunft zu bewahren.

Diese zivilisatorischen Fortschritte sind im Grunde ja auch die Voraussetzung dafür, dass wir die ungeheuren Chancen, aber auch die ungeheuren Bedrohungen, die aus moderner Wissenschaft, Technologie sowie industrieller und wirtschaftlicher Stärke, ja aber auch aus Ressourcenknappheit entstehen, beherrschen können. Deswegen kann ein starkes und handlungsfähiges Europa keine Alternative, sondern nur Teil der atlantischen Partnerschaft sein. Je eher wir in der Lage sind, den Amerikanern einen auch in ihrem Sinne relevanten Partner zur Seite zu stellen, um so eher werden wir sie auch dazu bringen, auf europäischen Rat, auf europäische Kritik zu hören. Wenn wir nichts beitragen, dann sind unsere Ratschläge und unsere Kritik auch nicht allzu relevant. Also brauchen wir nach meiner Überzeugung einen größeren europäischen Anteil, der auf Dialogbereitschaft und Partnerschaft sowie zugleich auf Stärke und Entschlossenheit und damit auf Relevanz setzt.

Wir brauchen übrigens bei alledem auch ein hinreichendes Maß an Gelassenheit, weil man sich ja immer klar machen muss, dass es am Ende auf dieser Welt und in diesem Leben niemals hundertprozentige Sicherheit geben kann – im Inneren nicht und in der äußeren Sicherheit auch nicht. Je mehr man sich darüber im Klaren ist, dass es hundertprozentige Sicherheit nicht gibt, um so eher gewinnt man den Spielraum und die innere Freiheit, sich darauf zu konzentrieren, das Menschenmögliche an Sicherheit zu leisten: in den äußeren Dimensionen wie im eigenen Land.

Deswegen glaube ich, dass das Bewusstsein, den eigenen Beitrag zu leisten und sich umfassend zu engagieren – wie jetzt konkret im Libanon oder auch in Afghanistan –, die Voraussetzung dafür ist, im Notfall auch auf terroristische Anschläge oder auf sonstige sich realisierende Bedrohungen – sie werden ja nicht immer nur latent bleiben – mit der hinreichenden Mischung aus Gelassenheit und Entschlossenheit zu reagieren.

Vielleicht haben die Amerikaner nach dem 11. September für unser Gefühl zu viel Entschlossenheit gezeigt. Aber was sie – vor allem die New Yorker am 11. September und danach – an Gelassenheit gezeigt haben, das wünsche ich mir – falls uns jemals ein solcher Schicksalsschlag in unserem Land drohen sollte – auch für uns. Ich glaube, auch wir sollten die Hoffnung nicht aufgeben, dass angesichts der modernen Bedrohungslage die zivilisierten Mächte, die organisierten Staaten, die in den Vereinten Nationen vertretenen Staaten – oder jedenfalls die wichtigeren davon – doch in der Lage sind, zu neuen Formen der Zusammenarbeit zu kommen und einen Weg zu finden heraus aus alten, traditionellen Verhaltensmustern. Die europäische Nachkriegsgeschichte ist nicht der schlechteste Beweis dafür, dass das möglich ist.

Und wenn Sie bedenken, was alles nach dem Ende des Ost-West-Konflikts möglich geworden ist, dann sollte man auch die Hoffnung nicht aufgeben, dass etwa Europa, Russland, China, die Vereinigten Staaten von Amerika, Indien, und andere Mächte in der Lage sind, eine Zusammenarbeit zu entwickeln, die auch unter den neuen Bedrohungen in der Globalisierung ein hinreichendes Maß an Stabilisierung und Stabilität gewährleistet. Ich glaube im Übrigen auch, dass von den 1,2 Milliarden Muslimen, die wir zurzeit auf dieser Erde haben, die große Mehrzahl keine fundamentalistische Entwicklung will, sondern genauso ein Interesse an Frieden, an Stabilität, an Toleranz und auch an wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen hat. Insofern haben wir Grund zur Gelassenheit, aber auch zum Engagement.

Dies alles, was ich zum Äußeren gesagt habe, gilt natürlich auch für den Bereich, den ich nun als Innenminister in besonderer Weise verantworte. Auch dazu ein paar eher schlagwortartige Bemerkungen.

Auch im Innern gibt es niemals eine hundertprozentige Sicherheit, die gibt es ja überhaupt nicht im menschlichen Leben. Die Mediziner sagen, auch in der Medizin gibt es keine, in der menschlichen Natur, in der menschlichen Existenz, auch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit gibt es niemals hundert Prozent. Aber vielleicht kann man sich damit trösten – wenn man überhaupt des Trostes bedürftig ist –, dass jede freiheitliche Ordnung den Verzicht auf das Streben nach hundertprozentig funktionierenden Regelungen geradezu zur

Vorraussetzung hat. Denn wer hundertprozentige Regelungen anstrebt, wird im Zweifel immer in diktatorischen Entwicklungen enden.

Aber wenn es keine hundertprozentige Sicherheit gibt, so heißt das natürlich nicht, dass es keine Vorsorge gibt, dass man nicht das Menschenmögliche tun muss, um so viel wie möglich zu gewährleisten. Und in diesem Sinne gibt es nach meiner Überzeugung auch nicht den so oft beschriebenen grundsätzlichen Konflikt zwischen Freiheits- und Sicherheitsinteressen.

Wer in der DDR gelebt hat, der weiß, dass Sicherheit ohne fundamentale Freiheitsrechte auch keine rechte Sicherheit ist. Was nützt denn eine geringere Kriminalitätsbelastung, wenn der Staat selbst Kriminalität organisiert. Und wer in der schönsten Freiheit lebt, aber nicht einmal in seinen existenziellen materiellen Lebensbedingungen gesichert ist, der empfindet die Freiheitsrechte auch nicht wirklich bedeutsam. Natürlich muss man im Einzelfall abwägen, wie viel Kontrolle wir akzeptieren. Aber die allermeisten, die mit dem Flugzeug reisen, akzeptieren lieber, dass sie kontrolliert werden, als dass sie die Sorge haben müssten, dass das Flugzeug durch einen Sprengsatz oder sonst wie zum Absturz gebracht werden könnte.

Wir müssen verstehen und begreifen, dass das wichtigste Element von Sicherheitsvorsorge angesichts dieser so unübersichtlich gewordenen Bedrohungslage die vorbeugende, präventive Information – insbesondere *intelligence*, die geheimdienstlich zu beschaffende Information – ist. Wir brauchen aber neben der Information, neben funktionsfähigen Nachrichtendiensten und Sicherheitsbehörden auch eine stärkere Sensibilisierung der Gesellschaft für mögliche Bedrohungen. Das gilt vor allem für die Teile der Gesellschaft, die in einem persönlichen Nahverhältnis zu potentiellen Bedrohungen leben. Deswegen sage ich unablässig, dass bei allen Bemühungen um eine stärkere Integration unserer Mitbürger islamischer Religionszugehörigkeit natürlich diejenigen, die potentiellen Attentätern näher sind, auch eine besondere Pflicht haben, die Augen aufzumachen, und dass klammheimliche Solidarität, die noch aus Zeiten der Baader-Meinhof-Bewegung stammt und damals auf einen Teil der politischen Linken in Deutschland Eindruck machte, natürlich ein falsches Verständnis von Freiheit und Solidarität ist. Auch das gehört dazu.

Man muss auch in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass der freiheitliche Staat nur dann funktioniert, wenn er einen Teil dessen, was er an Aufgaben erledigen will, nicht selber erledigt, sondern darauf vertraut, dass vieles zunächst einmal die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger selbst, in eigener Verantwortung machen. Deswegen ist die Vermittlung von Werten – angefangen bei der Erziehung bis hin zu vorbildlichem Handeln – der notwendige Beitrag der Eliten und insgesamt ebenso wichtig wie eine besser gelingende Integration derjenigen Menschen, die schlechter in unsere gesellschaftliche Wirklichkeit integriert sind – ob nun aus sozialen Gründen oder wegen eines Migrationshintergrunds.

Deswegen ist es natürlich auch wichtig, mit den über drei Millionen Menschen islamischer Religionszugehörigkeit, die in Deutschland leben, zu einem engeren Dialog zu kommen, damit wir uns darüber verständigen, wie der Islam mit Deutschland und mit Europa vereinbar sein kann. Das geht natürlich nur, wenn man die grundlegenden Normen Europas – das heißt die Trennung von weltlicher Ordnung und religiöser Überzeugung – akzeptiert. Das ist das Erbe der europäischen Aufklärung. Ohne die Aufklärung gibt es keine Universalität von Menschenrechten und keine Toleranz. Wir brauchen Dialogbereitschaft, aber wir brauchen auch die Überzeugung von der Richtigkeit der eigenen Ordnung. Wir brauchen die Bereitschaft, anderen zuzuhören, aber wir brauchen auch die Bereitschaft, unsere eigenen Überzeugungen zu vertreten. Wir müssen aus Erfahrungen lernen, und wir müssen daran denken, dass der Prozess von *trial and error* derjenige ist, der freiheitliche Gesellschaften voranbewegt.

Deswegen habe ich auch nach dem Fund der Kofferbomben gesagt: Wir hätten die Anschläge nicht verhindert, und deswegen brauchen wir uns auch nicht allzu sehr auf die Schultern zu klopfen. Ob wir den nächsten Anschlagversuch verhindern können, weiß ich auch nicht. Aber wir müssen aus unseren Erfahrungen lernen, dass wir in Zukunft die Mittel, mit denen wir Anschläge vielleicht verhindern können, besser nutzen müssen. Und deshalb weiß ich nicht, warum ich überhaupt noch ernsthaft über Videokameras an öffentlichen Plätzen in Deutschland diskutieren soll. Deshalb brauche ich funktionierende Nachrichtendienste, und deshalb brauche ich natürlich auch die Vernetzung von Informationen über mögliche Gefährdungen, über mögliche Quellen von Gefahren, also die Anti-Terror-Datei.

Das ist nicht der Fetisch von irgendwelchen verrückt gewordenen Bürokraten. Die Amerikaner hatten viele relevante Informationen vor dem 11. September. Wenn sie diese hätten vernetzen können – das konnten sie damals nicht –, dann hätten sie erkennen können, was an Anschlägen geplant war. Wenn man das weiß, dann muss man nicht hinterher klüger tun, als man vorher hätte sein können, aber man sollte für das nächste Mal seine Erfahrungen daraus ziehen, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Überlegenheit einer freiheitlichen und zugleich toleranten Ordnung liegt genau darin, dass wir unsere Prinzipien nicht aufgeben. Und so war es ein Fehler der Vereinigten Staaten, nach dem 11. September an der Überlegenheit einer rechtsstaatlichen Freiheitsordnung zu zweifeln. Denn anders ist Guantanamo ja nicht zu erklären. Man wollte die Gefangenen außerhalb der Geltungsmacht der amerikanischen Gerichtsbarkeit halten. Das Vertrauen in die eigene Gerichtsbarkeit ist aber eine fundamentale Voraussetzung dafür, dass eine rechtsstaatliche Ordnung auch erfolgreich sein kann. Darauf darf man nicht verzichten. Wir können uns nicht verteidigen, indem wir unsere Prinzipien aufgeben.

Wenn wir es so verstehen, dann glaube ich an Sicherheit in der Globalisierung. Sie ist jedenfalls keine Utopie, wenn wir Sicherheit nicht als hundertprozentig verstehen, sondern als Vorsorge für das menschenmögliche Maß. Sicherheit in der Globalisierung bedeutet ein immerwährendes Suchen und Streben nach pragmatischen Lösungen, um diesem Anspruch gerecht zu werden, soweit es eben geht und in dem Wissen, dass es absolute Sicherheit nicht geben kann.

Wir müssen uns in diesem Zusammenhang auch klar machen, dass wir das Geschäft der Terroristen betreiben, wenn wir unsere fundamentalen Prinzipien und den Anspruch aufgeben sollten, das Menschenmögliche an Sicherheit zu leisten. Denn die Terroristen zielen ja am Ende – soweit sie ein durchdachtes Ziel haben – auf die Delegitimierung unserer demokratischen Ordnung. Eine Delegitimierung unserer staatlich verfassten demokratischen Freiheitsordnung würde es in den Augen der Bevölkerung bedeuten, wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, das zu gewährleisten, wofür er gegründet wurde, nämlich Sicherheit nach innen wie nach außen.

Wir müssen das sehr ernst nehmen. Schauen wir etwa auf die Debatte, die uns das Bundesverfassungsgericht mit dem Urteil zum Luftsicherheitsgesetz auf den Tisch gelegt hat.

Das Bundesverfassungsgericht sagt, dass bei in einem ähnlichen Fall wie dem doppelten Anschlag auf das World Trade Center auch bei gegebener Möglichkeit kein Befehl zum Abschuss des zweiten Flugzeuges gegeben werden dürfte, weil man unter dem Gesichtspunkt der Menschenwürde Menschenleben nicht gegeneinander verrechnen darf. Es gibt da kein mehr oder weniger. Es gibt allenfalls den übergesetzlichen Notstand, den jeder Jurist im ersten Semester anhand des bekannten Falles einübt, bei dem die Menschen in einem Schlauchboot zu verhungern drohen und anfangen, sich gegenseitig aufzuessen. Bekanntlich ist das zwar ein Schuldausschließungsgrund, aber kein Rechtfertigungsgrund. Manche haben nun gesagt: Na, dann müssen wir gegebenenfalls auf den übergesetzlichen Notstand rekurren.

Das Verfassungsgericht hat in seinem Urteil aber auch ausdrücklich gesagt, dass dies dann gelte, wenn wir nicht im Verteidigungsfall sind. Nun ist es im Kriegsvölkerrecht so, dass genau dieses Abwägungsverbot nicht gilt, sondern das Verbot des Übermaßes. Deswegen glaube ich, dass wir nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Konsequenz ziehen müssen, einen solchen Gefährdungsfall oder einen solchen Angriff als einen Angriff im Sinne von Artikel 87a des Grundgesetzes, der den Verteidigungsmechanismus auslöst, zu definieren. Ich teile jedenfalls nicht die Auffassung – und nur diesen Punkt will ich anfügen, weil er mit der Frage nach Utopie oder Staatsräson zusammenhängt –, nach der wir etwas, was Gott sei Dank recht unwahrscheinlich ist, gar nicht erst zu regeln brauchen. Das entspricht nicht meinem Staatsverständnis. Der Staat muss sagen können, wer in einem solchen Fall rechtmäßig entscheidungsbefugt ist. Wenn er die Entscheidung verweigert – und in einem solchen Fall gäbe es keine Rechtsordnung mehr, sondern dann würde der rechtlose Zustand des übergesetzlichen Notstandes gelten –, dann verweigert er das, was er nicht verweigern darf.

Ich glaube, dass es zur Staatsräson gehört, die Antwort nicht zu verweigern. Die Gewährleistung von Sicherheit ist Teil des Gesellschaftsvertrages, der dem Staat zugrunde liegt und diesen somit legitimiert. Eine verfassungsrechtliche Ordnung – selbst wenn wir sie so auf die Spitze treiben, wie wir das in Deutschland wahrscheinlich besser können als anderswo – darf die Antwort am Ende nicht verweigern. Sie **muss** sie auch nicht verweigern.

Wir haben aus den Erfahrungen des Dritten Reichs, dem Versagen eines Volkes und eines Landes mit hoher Zivilisation, unter anderem die Konsequenz der wehrhaften Demo-

kratie gezogen und gelernt, dass die Freiheitsrechte dort enden, wo sie missbraucht werden, um die freiheitliche Ordnung zu beseitigen. Genau dagegen muss sich dieser freiheitliche Rechtsstaat wehren. Wenn wir das Vermächtnis der wehrhaften Demokratie aus der Reaktion auf die Barbarei der Hitler-Diktatur richtig verstehen, dann heißt es auch, dass wir angesichts neuer Bedrohungen Antworten nicht verweigern dürfen. Niemand kann versprechen, dass wir in jedem Einzelfall Sicherheit auch wirklich gewährleisten können. Gerade weil es hundertprozentige Sicherheit nicht gibt, ist ein notwendiges Maß an Gelassenheit erforderlich. Aber die Gelassenheit, das Recht zur Gelassenheit hat man erst dann, wenn man seine Pflicht getan hat, die menschenmögliche Vorsorge zu treffen. In diesem Verständnis ist Sicherheit auch in der Globalisierung Teil der Staatsräson.